

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Versammlung der Westeuropäischen Union

über den zweiten Teil der 28. ordentlichen Sitzungsperiode der Versammlung der Westeuropäischen Union vom 29. November bis 2. Dezember 1982 in Paris

Während der Herbst-Tagung erörterte die Versammlung der Westeuropäischen Union Berichte, behandelte die üblichen geschäftsordnungsmäßigen Vorgänge und verabschiedete Beschlüsse, die sich mit folgenden Themen befaßten:

Politische Fragen

- Durch Pazifismus und Neutralismus entstehende Probleme für die Sicherheit Europas. Empfehlung 388 (S. 7).
Hierzu sprachen die Abgeordneten Dr. Müller (S. 3), Freiherr Dr. Spies von Büllenheim (S. 4), Büchner (Speyer) (S. 5), Böhm (Melsungen) (S. 6), Dr. Vohrer (S. 8).
- Die europäische Sicherheit und die Entwicklung der Lage in Südwestasien. Empfehlung 389 (S. 10).
Hierzu sprachen die Abg. Reddemann (S. 9), Dr. Enders (S. 9).

Verteidigung

- Der Stand der europäischen Sicherheit. Empfehlung 390 (S. 13).
Hierzu sprach Abg. Rösch (S. 11, 12).
- Die Falkland-Krise. Empfehlung 391 (S. 13).

Wissenschaft, Technologie und Raumfahrt

- Der Energiebedarf und die Sicherheit Europas — Norwegens Beitrag zur Deckung dieses Bedarfs. Empfehlung 392.

Haushaltsfragen

- Haushaltsentwurf 1983 für die Verwaltungsausgaben der
Versammlung.
Hierzu sprach Abg. Dr. Enders (S. 11).
- Haushaltsprüfung 1981 für die Verwaltungsausgaben der
Versammlung.
- Stellungnahme zum Haushalt 1982 der ministeriellen Or-
gane der Westeuropäischen Union. Stellungnahme 29.

Beziehungen zu den Parlamenten

- Informationsbericht über die Westeuropäische Union und
ihre Tätigkeit.
- Bedingungen für die Verbesserung der Beziehungen zwi-
schen der Versammlung der Westeuropäischen Union und
der öffentlichen Meinung.

Geschäftsordnungsfragen

- Revision der §§ 10, 14, 29, 34—36, 38, 40 und 43 der Ge-
schäftsordnung der Versammlung. EntschlieÙung 68.

Die Reden der deutschen Abgeordneten sind nachstehend im
Wortlaut abgedruckt.

Zur Versammlung sprachen der französische Verteidigungs-
minister, Charles Hernu, der italienische Unterstaatssekretär
im Außenministerium, Mario Fioret, und der britische Staats-
minister für Auswärtiges und Commonwealth-Angelegenhei-
ten, Lord Belstead.

Der französische Premierminister Mauroy hielt anläÙlich ei-
nes vom Präsidenten der Versammlung gegebenen Abend-
essens eine Ansprache an die Abgeordneten der WEU-Ver-
sammlung.

Als Beobachter nahm an den Verhandlungen eine norwegi-
sche parlamentarische Delegation teil.

Bonn, den 10. Dezember 1982

Dr. Manfred Geßner

Sprecher

Gerhard Reddemann

Stellvertretender Sprecher

Montag, 29. November 1982

Tagesordnungspunkt:

**Revision der §§ 10, 14, 29, 34—36, 38, 40 und 43
der Geschäftsordnung der Versammlung**

(Drucksache 931)

Berichterstatter: Abg. Grieve

Tagesordnungspunkt:

Durch Pazifismus und Neutralismus entstehende Probleme für die Sicherheit Europas

(Drucksache 934)

Berichterstatter: Abg. Lagorce

Dr. Müller (CDU/CSU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin dankbar dafür, daß unser Kollege Lagorce diesen Bericht vorgelegt hat, auch wenn es da oder dort, wie wir in der Diskussion schon gehört haben, insofern Bedenken gibt, daß noch einiges ergänzt werden müßte. Das mag sicher richtig sein, aber die Grundtendenz dieses Berichtes kann von mir nur unterstrichen werden. Sie wird um so mehr unterstrichen, als der Verfasser einer politischen Richtung angehört, die nicht mit meiner übereinstimmt, und aus einem anderen Lande kommt. Um so mehr freue ich mich, hier eine Übereinstimmung feststellen zu können.

Ich unterstreiche vor allem — das scheint ein bedeutender Satz in seinem Bericht zu sein —, daß er sagt: Es ist eigentlich ohne Beispiel in der Geschichte, daß wir 38 Jahre Frieden in Europa haben und dieser Frieden nur dadurch zustande gekommen ist, daß wir Abschreckung hatten, und nicht etwa auf einer Durchsetzung von **pazifistischen oder neutralistischen Bewegungen** beruht. -Gelegentlich sollen Politiker aus der Geschichte lernen. Die Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges würde uns hier einiges zu lernen geben, vor allem wenn wir an die pazifistischen Bewegungen außerhalb Hitlerdeutschlands vor 1939 denken würden, wo wir wissen, daß gerade diese pazifistischen Bewegungen, etwa in Holland, dazu beigetragen haben, u. a. die Überzeugung in dem Diktator in Deutschland zu nähren, daß er mit seiner aggressiven Außenpolitik Erfolg haben könne. Ich darf daran erinnern, was der bedeutende Theologe Karl Barth damals, vor 39 Jahren, also vor diesem Pazifismus, gesagt und damit vor einem antidemokratischen Diktator gewarnt hat.

Ich komme aus einem zweigeteilten Land, und ich weiß, daß in unserem Land eine Kampagne stattfindet, die sehr stark auf Neutralismus und Pazifismus aufgebaut ist. Es ist interessant, daß im anderen Teil Deutschlands, in der DDR, ein evangelischer

Theologe, der an der Abrüstungskonferenz der UNO teilnahm und in sein Land zurückkam, in einem Interview darauf hinwies, daß man zwar im Westen für den Frieden kämpfen müsse, aber daß eine Friedensbewegung nie neutral sein dürfe, sie müsse immer auf der Seite des Sozialismus und auf der Seite der Vormacht des Sozialismus der Sowjetunion stehen. Das erinnert mich auch etwas an die Zeit vor 1938, wo Willy Münzenberg, damals als der Chefagitator der deutschen KPD international auch nach 1931 Friedenkampagnen und anderes organisiert hat, was man in den Erinnerungen von Babette Gross, seiner Lebensgefährtin, nachlesen kann. Man kann dort auch nachlesen, wie sehr westliche Intellektuelle damals auf bestimmte Parolen des internationalen Kommunismus hereingefallen sind.

Wir erleben heute in der Bundesrepublik, daß in Schulen, in Kirchen, in Kunstakademien, in Universitäten und wo auch immer eine Kampagne im Gange ist, wo Leute, die die Geschichte nicht kennen, die die Wirklichkeit ablehnen, für eine Friedenskampagne rekrutiert werden, und wo einseitig engagierte Pädagogen diese benutzen. Wir werden erleben, daß am 12. Dezember, also in wenigen Tagen, bei uns in der Bundesrepublik eine Nötigungskampagne aus Anlaß des Jubiläums des Doppelbeschlusses der NATO stattfindet. Im Rahmen dieser Nötigungskampagne wird versucht, die Durchführung des Beschlusses zu verhindern, indem man vor allem vor Kasernen der alliierten Streitkräfte bestimmte Aktionen durchführt, so wie das vor zwei Monaten schon bei einem Depot in Baden-Württemberg der Fall war. Interessanterweise liegt das Zentrum dieser Nötigungskampagne in meinem eigenen Bundesland, in Bayern, in Nürnberg, im Zusammenhang mit dem bekannten Jugendzentrum KOMM, das schon einmal Schlagzeilen gemacht hat. Das gefährlichste ist, daß die Medien hier ein sehr einseitiges Bild geben. 90% der Mitarbeiter der wichtigsten Nachrichtensendung des Westdeutschen Fernsehens, nämlich der Tagesschau-Redaktion des WDR, in Köln, haben anlässlich der Friedensdemonstration und des Besuches des amerikanischen Präsidenten in meinem Land eine Anzeige gegen den Nachrüstungsbeschuß in den Tageszeitungen veröffentlicht. Die Gewerkschaft RFFU, in der die Journalisten der Rundfunk- und Fernsehanstalten vertreten sind, hat vor drei Wochen beschlossen, daß in Deutschland ein Generalstreik stattfinden soll, wenn in Deutschland Raketen stationiert werden sollten, was nicht einmal andere Gewerkschaften beschlossen haben, wo wirkliche Arbeiter zu finden sind. Die Mediengewerkschaft hat es beschlossen; sie zeigt, welches Geistes Kind diejenigen sind, die Meinung machen.

Es ist kein Wunder, daß eine solche Kampagne auf die Parteien abfährt, die in unserem Parlament vertreten sind. Ein Mitglied dieser Versammlung, unser Kollege Egon Bahr, hat z. B. in einem Artikel im „Vorwärts“ vor kurzem geschrieben, daß das Nein

der SPD zur Nachrüstung nähergerückt ist. Er hat allerdings noch offen gelassen, wann dies eintreffen werde. Das zeigt, daß in unserem Land ein Kampagne im Gange ist, die nur einseitigen Nutzen bringen kann.

In Wirklichkeit sieht das Denken der Bevölkerung ganz anders als das aus, was die Kampagne darstellt. Die „New York Herald Tribune“ hat vor kurzem eine Umfrage veröffentlicht, die in acht Staaten, sieben europäischen Staaten und den Vereinigten Staaten, bei der Bevölkerung gemacht wurde. Es stellte sich heraus, nicht in der Bundesrepublik, wo die meisten Demonstrationen stattfinden, sondern in Italien und Spanien hat man am meisten Angst vor Krieg. In der Bundesrepublik ist die größte Zahl der Bevölkerung von all diesen Ländern der Meinung, daß der Westen gegenüber den Herausforderungen des Ostblocks nicht genügend gerüstet ist. Was in Friedensdiskussionen und Demonstrationen immer dargestellt wird, gibt in Wirklichkeit ein ganz anderes Bild.

Lassen Sie mich eine letzte Bemerkung machen. Es ist von meinen Vorrednern viel darüber gesagt worden, was der KGB und kommunistische Organisationen tun. Ich könnte einiges hinzufügen, will das aber nicht tun, sondern nur unterstreichen und begrüßen. Ich möchte nur den Scheinwerfer der Aufmerksamkeit auf den anderen Teil Deutschlands, auf die DDR selbst, lenken. Dort ist in einem Lehrbuch für die Volksarmee nachzulesen, das im Militärverlag der DDR herausgegeben wurde, daß die größte Gefahr für die proletarische Wachsamkeit im Pazifismus bestehe, der eine bürgerliche Verirrung sei. Das zeigt, daß man mit zweierlei Maß mißt, daß man diesen bürgerlichen Pazifismus auf der einen Seite fördert, auf der anderen Seite eine ganz andere Haltung einnimmt. Es ist nicht unvergessen, daß der Verteidigungsminister der DDR, der Armeegeneral Hoffmann, sogar eine Eloge auf einen Atomkrieg gehalten hat, in dem sich die Tugenden des Sozialismus bewähren könnten. Wir alle wollen keinen Krieg und schon gar keinen Atomkrieg. Wir wissen aber, daß es der Wahlspruch des Nordatlantischen Paktes ist, daß die Wachsamkeit der Preis der Freiheit ist. Dieser Wahlspruch muß in unserem Kopf permanent vorhanden sein, wenn wir den Frieden und den Nicht-Krieg in Europa erhalten wollen.

Freiherr Dr. Spies von Büllersheim (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Der Bericht des Kollegen Lagorce ist nach meinem Gefühl einer der interessantesten Berichte, die wir in den letzten Jahren hier diskutiert haben, weil er sich abwägend eines Problems annimmt, das uns mehr und mehr bedrückt. Uns bedrückt die Ausbreitung einer Friedensbewegung, die von bestem Willen für den Kampf um den Frieden beseelt ist und die dennoch in die Gefahr gerät, gerade das Gegenteil zu bewirken.

Man sieht am Geschick der **Friedensbewegung** gerade in unserem geteilten Land, um wieviel schwerer es doch in unseren westlichen Demokratien, in denen die Menschen frei sind, in denen sie frei ihre

Meinung äußern können, in denen die Medien frei sind, in denen jede unterschiedliche Auffassung in den Medien geäußert werden kann, unter diesen Bedingungen ist, den Menschen die Wahrheit nahezubringen. Führen wir uns auf der anderen Seite vor Augen, daß in der **DDR** zwar viel vom Frieden geredet wird, daß es dort aber dennoch z. B. kein Recht auf Kriegsdienstverweigerung gibt. Bei uns ist dieses Recht in Artikel 4 unserer Verfassung, unseres Grundgesetzes niedergelegt. In der DDR wird bereits in den Schulen eine vormilitärische Ausbildung betrieben. Dort werden die Jungen am Nachmittag im Rahmen der FDJ, der dortigen Jugendorganisation, zusammengerufen; auch dann wird dort wieder vormilitärische Ausbildung betrieben. Wir können des weiteren darauf hinweisen — auch der Anhang zu dem Bericht des Kollegen Lagorce zeigt dies klar auf —, einen wie großen Anteil des Sozialprodukts die Sowjetunion und der Ostblock überhaupt in die Rüstung stecken. All das ist dort anders als bei uns.

Dennoch scheinen wir es wegen unserer Freiheit schwer zu haben, die Menschen von unserem Friedenswillen zu überzeugen. Dritten mag es eigentümlich erscheinen, daß gerade in der Bundesrepublik Deutschland, in der doch eigentlich die Bedrohung durch den Osten viel deutlicher sein müßte als in anderen Ländern, eine solche Friedensbewegung mit dem Ziel auch einer einseitigen Abrüstung besteht.

Dies hat eine Reihe von Gründen, auf die man verweisen muß. Zunächst einmal ist die Nähe zur DDR zu nennen. Weiterhin erwähne ich die gleiche Sprache. Dadurch ergeben sich für den Ostblock Möglichkeiten, über die DDR auf die öffentliche Meinung bei uns, auf Bewegungen wie die Friedensbewegung einzuwirken. Man kann mit finanziellen Mitteln und mit Argumenten darauf einwirken. Es besteht schließlich von unserer Seite völlige Freizügigkeit zwischen der DDR und uns.

Als zweiten Grund nenne ich, daß wir — auch das wird in dem Bericht richtigerweise hervorgehoben — in der Bundesrepublik Deutschland keine eigenen Atomwaffen haben und auch keine eigenen Atomwaffen haben wollen. Deswegen ist in Deutschland aber natürlich sehr viel leichter die Meinung zu verbreiten, daß wir voll von den Entscheidungen der USA abhängen, gerade hinsichtlich der atomaren Waffen. Dies schafft in der Bundesrepublik Deutschland ein Gefühl des Ausgeliefertseins gegenüber den Meinungen und gegenüber Entscheidungen der Vereinigten Staaten, und zwar in viel stärkerem Maße, als das z. B. in Frankreich oder in England der Fall ist.

Ein dritter Grund ist zu nennen. In der Bundesrepublik Deutschland, einem hochindustrialisierten Staat mit einer sehr dichten Besiedlung, gibt es — das sollte man nicht übersehen — eine relativ starke grüne Bewegung, eine **Umweltschutzbewegung**, die stärker ist als in vielen anderen Ländern. Diese Umweltschutzbewegung, die zu einem Teil auch eine Antiatomkraftbewegung ist, ist ein Bündnis mit der Friedensbewegung eingegangen. Es ist dies zwar kein formelles Bündnis, aber letztlich

muß man sehen, daß sowohl die Umweltschutz- und die Antiatomkraftbewegung als auch die Friedensbewegung insoweit eine gemeinsame Wurzel haben, als es ihnen offenbar sehr schwerfällt, Realitäten anzuerkennen, so die traurige Realität, daß wir aus dem Osten bedroht werden und daß wir, solange diese Bedrohung gegeben ist, in der Lage sein müssen, uns zu verteidigen. Was die Energie angeht, so ist zu sagen, daß wir ohne eine friedliche Nutzung der Kernkraft unser modernes Leben auf absehbare Zeit nicht fortführen können.

Wenn einem — an diesem Punkt gerät man oft in Diskussionen mit Vertretern der Friedensbewegung — jemand bestreitet, daß die Sowjetunion aggressiv ist, wenn jemand der Meinung ist, die Sowjetunion werde, was immer auch geschehe, niemals einen Krieg gegenüber dem Westen beginnen, sie würde nie ihr Machtgebiet auszuweiten beginnen, dann ist man mit der Argumentation am Ende. Wenn die Realitäten nicht erkannt werden, kann man nicht überzeugen.

Dieses Bündnis zwischen Grünen und der Friedensbewegung, von dem ich gesprochen habe, hat in Deutschland — das muß man leider sagen — die Friedensbewegung leider ein beträchtliches Stück nach vorn gebracht. Es nützt überhaupt nichts, so zu tun, als würde das alles vom Osten gesteuert. Das ist sicherlich nicht so. Die Vielzahl derjenigen — auch der Jugendlichen —, die diesen Bewegungen anhängen, wird sicherlich nicht vom Osten gesteuert. In der Bundesrepublik müssen wir aber davon ausgehen — man kann sich diesbezüglich auf viele Untersuchungen stützen —, daß die sogenannten grünen Wähler, die einfachen Mitglieder der Friedensbewegung zwar besten Willens sind, daß aber die jeweiligen Führer der Organisationen doch zu großen Teilen, wie man annehmen muß, auch Ziele verfolgen, die der einfache Anhänger dieser Bewegungen nicht verfolgt. Sie verfolgen das Ziel einer Schwächung unserer Verteidigungskraft.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Man fragt sich immer wieder, wie wir aus diesem Dilemma herauskommen. Auch Herr Lagorce hat in seinem Bericht keine konkreten Ansatzpunkte für Bemühungen in dieser Richtung nennen können. Somit kommen wir, was dieses Problem angeht, zu dem Schluß, daß uns eigentlich nichts anderes übrigbleibt, als eine Überzeugungsarbeit zu leisten, uns ehrlich — wenn dies auch mühsam und schwer ist — mit den Jugendlichen und den Sympathisanten der Friedensbewegungen auseinanderzusetzen. Wir müssen diese Überzeugungsarbeit angesichts der traurigen Tatsache leisten, daß, solange die Sowjetunion nicht bereit ist, einer beiderseitigen Abrüstung zuzustimmen und auch eine Null-Lösung auf beiden Seiten zu akzeptieren, niemand, der eine klare Sicht der Dinge hat, annehmen kann, daß es etwa ohne eine eigene Verteidigung ginge.

Wenn diese Erkenntnis erreicht ist, wenn auch die Jugendlichen erkannt haben, daß wir eine eigene Verteidigung haben müssen — eben wegen der fortbestehenden Bedrohung —, ist auch die Basis für

eine Verständigung mit diesen Bewegungen gegeben. — Ich danke Ihnen.

Dienstag, 30. November 1982

Durch Pazifismus und Neutralismus entstehende Probleme für die Sicherheit Europas

(Fortsetzung der Aussprache)

Büchner (Speyer) (SPD): Herr Präsident! Pazifismus wird in dem Entschließungsentwurf und in dem Bericht nicht nur als moralische Haltung positiv anerkannt, sondern auch als politische Äußerung ernst genommen. Es wird keine Kampagne dagegen geführt. Es wird weder polemisiert noch gar verteuelt. Ich begrüße diese Einschätzung des Pazifismus und halte sie für einen richtigen Ansatz.

Niemand sollte es angesichts der Entwicklung der Aufrüstung in der Welt wundern, daß sich insbesondere junge Menschen gegen einen Wahnsinn auflehnen, der Unsummen von finanziellen Mitteln verschlingt und diese Welt doch nicht sicherer macht. Im Gegenteil, eigentlich muß man sich wundern, daß sich die große Mehrheit der Menschen diese Zumutung weiter gefallen läßt und daß der Druck auf die politisch Verantwortlichen nicht noch stärker ist.

Auch für solche, die sich immer selbstherrlich als Realisten bezeichnen, muß sich meiner Meinung nach die Frage aufdrängen, ob nicht von der herkömmlichen Entwicklung der Verteidigung inzwischen Gefahren ausgehen, die manche für größer halten als die Bedrohung durch den potentiellen Gegner.

Der Bericht stellt zutreffend einen Legitimationsdruck durch die **Friedensbewegungen** fest. Ich meine, dieser Herausforderung muß sich die Politik stellen. Dabei kommen wir, wenn wir ehrlich sind, an dem offenen Eingeständnis nicht vorbei, daß es zumindest bisher nicht gelungen ist, den Rüstungswettlauf zu stoppen oder gar abzurüsten. Es ist üblich geworden, es als Stärke zu bezeichnen, wenn möglichst viele und möglichst schreckliche Waffen angehäuft werden. Angesichts der Gesamtsituation in der Welt erweist sich dies, wie ich meine, aber immer deutlicher als Schwäche und Ausweglosigkeit, als Versagen und auch als Resignation.

Wenn ich auch nicht alle Schlußfolgerungen des Berichts im einzelnen so übernehmen möchte, so stimme ich dem Kollegen Lagorce aber doch in dem zu, was er hinsichtlich der überragenden Bedeutung von Verhandlungen ausgeführt hat. Verhandlungen eröffnen die einzige Chance, der weiteren Vermehrung und zusätzlichen Stationierung von Waffen Einhalt zu gebieten. Leider haben sich die Zweifel an der Ernsthaftigkeit und der Zielstrebigkeit der Verhandlungen z. B. in Genf in den letzten Monaten nicht verringert. Aber dafür, so denke ich,

sind nicht Friedensbewegungen oder Neutralitätsbestrebungen verantwortlich.

Wie kann man denn glaubhaft verhandeln, wie kann man überzeugend seinen Friedenswillen dokumentieren — so fragen viele —, wenn auf beiden Seiten fieberhaft an der Entwicklung der nächsten Waffengeneration gearbeitet wird und auf Jahre hinaus Rüstungshaushalte mit gigantischen Summen und ungebremsten Steigerungsraten geplant werden?

Welche Möglichkeiten haben wir nun, Herr Präsident? Unsere Länder können einen wichtigen Beitrag sowohl in der europäischen Zusammenarbeit als auch in der atlantischen Partnerschaft leisten. Partnerschaft darf dabei nicht nur Zusammenwirken beim Rüsten bedeuten. Partnerschaft darf nicht weiter heißen, die Entwicklung und auch Aufstellung von Waffen im eigenen Bereich nahezu kritiklos hinzunehmen oder zu rechtfertigen. Partnerschaft, wie sie verstanden werden sollte, muß vielmehr auch und gerade Mitverantwortung für Abrüstung bedeuten.

Jedes Land muß prüfen, ob in dieser Hinsicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft worden sind und gegenwärtig wahrgenommen werden, um ein positives Ergebnis in Genf zu erreichen. Wer, um es offen zu sagen, bei der Problematik des NATO-Doppelbeschlusses den Rüstungsteil in den Vordergrund stellt und einer Stationierung neuer Mittelstreckenraketen nahezu vorbehaltlos zustimmt, entläßt die Verhandlungspartner aus ihrer Pflicht. Das Ergebnis eines solchen Verhaltens werden weitere Umdrehungen der Rüstungsspirale sein, wird eine weitere Aufrüstung in Ost und West sein. Dies hat der Kollege Bahr gemeint. Herr Müller hat dies gestern falsch dargestellt. Egon Bahr war es auch — darauf möchte ich zum Schluß hinweisen —, der darauf aufmerksam gemacht hat, daß bei dem derzeitigen Stand der weltweiten Rüstung die eigene Sicherheit nicht mehr allein durch eigene Anstrengungen gewährleistet werden kann, seien diese Anstrengungen auch noch so gigantisch.

Die Bündnisse sind aufeinander angewiesen. Sie sind gewissermaßen zur Partnerschaft verdammt — oder weiterhin zur Steigerung der Risiken. Diese Situation, so meine ich, kann neue Chancen bieten, auch in der Diskussion der Friedensbewegungen und in der Diskussion von politisch Verantwortlichen mit diesen Friedensbewegungen. In dieser Hinsicht, so meine ich, hätte der Bericht vielleicht noch einen stärkeren Akzent setzen können.

Boehm (Melsungen) (CDU/CSU): Herr Präsident! Gestatten Sie mir, daß ich nur zu einem besonderen — allerdings, wie ich meine, sehr wichtigen — Aspekt des Berichts des Kollegen Lagorce Stellung nehme, nämlich zur deutschen Frage, wie sie in diesem Bericht dargestellt worden ist.

Der Kollege Lagorce führt aus, daß die von ihm beschriebenen Gefahren des **Neutralismus** und der sogenannten **Finnlandisierung** für Deutschland als Ganzes nicht in dem gleichen Umfang wie für den Rest Europas Gültigkeit hätten. Die Aussicht auf

Wiedervereinigung der deutschen Nation ließe — so der Kollege Lagorce — die Aussicht auf eine sogenannte **Finnlandisierung** als Preis für die Wiedervereinigung annehmbar erscheinen, vor allem für die Bürger der DDR, für die **Finnlandisierung** nicht weniger, sondern mehr Freiheit bedeuten würde.

Mit diesen Ausführungen in seinem Bericht hat der Kollege Lagorce eines der Motive erfaßt, die im Rahmen der sogenannten **Friedensbewegung** in der Bundesrepublik Deutschland zweifellos eine Rolle spielen. Diese Bewegung ist eine Mischung aus Pazifismus christlicher oder sozialistischer Prägung und Kernwaffengegnerschaft; sie wird gespeist aus der Umweltschutzbewegung und ist dem ständigen Versuch kommunistischer Einflußnahme und kommunistischen Steuerungsversuchen ausgesetzt. Diese Versuche haben teilweise erheblichen Erfolg, vor allem deswegen, weil sie sich auf eine massive finanzielle Förderung aus der Sowjetunion und der DDR stützen können.

In diesem Konglomerat tritt zwar die neutralistisch-nationalistische Komponente in den Hintergrund; sie ist aber dennoch nicht zu übersehen. Auf alle Fälle müssen wir diesen Bestrebungen Beachtung und Aufmerksamkeit schenken, denn letztlich geht es darum, ob Deutschland aus dem westlichen Bündnis herausgebrochen wird und in den Sog der Moskauer Politik gerät. Eines der großen Ziele sowjetischer Westpolitik wäre damit erreicht, und nicht nur die deutsche Freiheit, sondern die des ganzen westlichen Europa wäre bedroht.

Im Blick auf die Ansätze einer Friedensbewegung in der DDR steht Moskau ganz zweifellos in einem Dilemma: So sehr es die Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland mit Wohlwollen betrachtet und fördert, so unangenehm sind vergleichbare Erscheinungen im eigenen, im sowjetischen Machtbereich. Allerdings steht fest, daß Moskau diese Bestrebungen jederzeit mit den Machtmitteln des totalitären Staates in den Griff nehmen könnte, wenn die politische Opportunität es gebietet. Darum ist anzunehmen, daß das bescheidene Gewährenlassen das wohlkalkulierte Ergebnis sorgfältigen Abwägens der kommunistischen Führung ist.

So konnten Anfang Oktober dieses Jahres vier verschiedene Gruppen aus der DDR an einem Treffen von Friedensbewegungen aus Ost und West in Ost-Berlin teilnehmen, bei dem die Zusammenarbeit der Friedensbewegungen und die Einrichtung einer Zentrale für Kontakte der Friedensbewegungen untereinander in Schweden beschlossen worden sind. Ziel Moskaus ist es dabei — so berichtete ein schwedischer Teilnehmer —, die Friedensbewegungen als antiamerikanischen Protest gegen Atomwaffen in Westeuropa auszugeben.

Damit ist ein Stichwort genannt, das in der Bundesrepublik Deutschland mehr als in Großbritannien oder in Frankreich entfaltet, nämlich die Tatsache, daß die Kernwaffen, die in der Bundesrepublik Deutschland stationiert sind oder stationiert werden sollen, ausschließlich in der Hand ausländischer Politiker liegen, für die Deutschland nicht den Wert einer Heimat hat. Ganz sicher steht damit die

Bundesrepublik Deutschland vor einer völlig anderen Situation als etwa Frankreich oder Großbritannien, wo die Bürger die Abschreckungswaffen in der Verfügungsgewalt der „eigenen Leute“ wissen und daher leichter davon zu überzeugen sind, daß eine Nutzung stets nur im Interesse des eigenen Überlebens vorgenommen werden würde. Der Verdacht, man müsse Frieden und Krieg nach fremden Willen über sich ergehen lassen, wird in Deutschland systematisch geschürt und mobilisiert und appelliert an jenen erwähnten **neutralistisch-nationalistischen Gefühle**. So wird ausgeführt — ich zitiere —: „Noch immer lagern fremde Mächte auf deutschem Boden tonnenweise Massenvernichtungswaffen“. Oder es wird gesagt — ich zitiere wiederum —: „Die Bundesrepublik ist eine Kolonie der Vereinigten Staaten mit begrenzter Selbstverwaltung.“

Die aus der Erweckung neutralistisch-nationalistischer Gefühle erwachsenden Gefahren sind in der Politik der Bundesrepublik Deutschland erkannt. Der neue Bundeskanzler Helmut Kohl sagte — noch als Oppositionsführer — dazu folgendes: „Ein neutralistischer deutscher Nationalismus, der in der Mitte Europas eine sozialistische Republik anstrebt, würde nicht nur die Sicherheit der Deutschen dem Willen der Sowjets überlassen, sondern könnte schon in seinem Ansatz das Atlantische Bündnis zerstören.“

In solchen Situationen fragen sich die Politiker immer: Was denken die Bürger? Das renommierte Alsenbacher Institut hat in den letzten Jahren die folgende Frage an die Bürger der Bundesrepublik Deutschland gerichtet: „Was wäre nach Ihrer Ansicht die bessere Außenpolitik: Sollten wir uns weiter fest mit den Amerikanern militärisch verbünden, oder sollten wir versuchen, ganz neutral zu sein?“ Für die Neutralität sprachen sich 1975 36 % der Bürger aus. 1980 waren es nur 27 %. 1981 — im Jahr der letzten Umfrage, deren Ergebnisse vorliegen — war es wieder ein Drittel der Bürger, nämlich 33 %.

Interessant ist dabei ein Blick auf die Altersgruppen. 1981, bei der letzten Umfrage, deren Ergebnisse bekanntgeworden sind, sprachen sich von den 16- bis 29jährigen 46 % für Neutralität aus; von den 30- bis 59jährigen waren es 27 %, von den 60jährigen und Älteren 29 %.

Sicher ist es für die Kollegen auch interessant, zu erfahren, wie sich die Parteisymphathisanten entschieden: Von denen, die mit CDU und CSU sympathisierten, sprachen sich 22 % für Neutralität aus, von denen, die mit der SPD sympathisierten, 34 %.

Das heißt, ein Drittel der Bürger der Bundesrepublik Deutschland ist für neutralistische Argumente anfällig. Wenn man nun aber weiß, daß sich gleichzeitig 75 % der Bürger der Bundesrepublik Deutschland bei Umfragen für eine Wiedervereinigung Deutschlands aussprechen, so wird deutlich, welches Reservoir für politische Agitation zwischen jenem Drittel und den drei Vierteln liegt, so daß der Ansatz, den die Agitation der Friedensbewegung sucht, in der Tat politische Gefahren beinhaltet.

Zu der Frage, warum 75 % der Bürger für die Wiedervereinigung Deutschlands sind, möchte ich hier nur ausführen, daß das vollkommen natürlich ist. Es wäre unnatürlich, wenn das deutsche Volk auf Dauer seine Teilung hinnähme. Die Tatsache, daß die weltpolitische Situation eine Wiedervereinigung bisher nicht zuließ und daß die Deutschen das auch erkannt haben und sich dementsprechend verhalten haben, darf nicht so ausgelegt werden, als hätten sie auf Dauer auf die Wiedervereinigung verzichtet.

Konrad Adenauer war es, der eine Politik durchsetzte, die mit dem Motto „Freiheit vor Einheit“ zu beschreiben ist. Meine Damen und Herren, diese Grundentscheidung war richtig, und sie ist es auch heute noch. Aber wir sollten angesichts der heute in unserer Debatte zur Diskussion stehenden Themen fragen, ob wir es zulassen wollen, daß der deutsche Patriotismus in Zukunft von neutralistisch-nationalistischen Entwicklungen mißbraucht und somit zu einer Gefahr für das freie Europa werden kann, oder ob der deutsche Patriotismus freiheitlich-demokratisch und damit bündnistreu bleiben wird. Die Politik des Bündnisses und auch die Politik der freien europäischen Staaten kann der deutschen Politik dabei helfen, auf dem richtigen Kurs zu bleiben.

Empfehlung 388

betr. die durch Pazifismus und Neutralismus entstehenden Probleme für die Sicherheit Europas

Die Versammlung

ist der Auffassung, daß die Entwicklung neutralistischer und pazifistischer Bewegungen in Europa und der übrigen Welt es um so mehr erfordert, die Berechtigung der von den westlichen Ländern verfolgten Sicherheits-, Verteidigungs- und Abrüstungspolitik zu überprüfen;

stellt fest, daß die Abschreckung, die die Grundlage dieser Politik darstellt, weitgehend auf dem Vorhandensein strategischer Kernwaffen beruht;

ist der Meinung, daß die Verwirklichung des NATO-Doppelbeschlusses vom Dezember 1979 bei einem Teil der Bürger der WEU-Mitgliedsländer auf negative Reaktionen trifft;

begrüßt die Eröffnung der START-Verhandlungen — vor allem der Genfer Verhandlungen über die sogenannten eurostrategischen Waffen —, und die Wiederaufnahme oder Wiederbelebung anderer Verhandlungen, die die Truppenstärken und das Rüstungspotential in Europa und in anderen Teilen der Welt verringern sollen;

ist der Auffassung, daß einseitige Abrüstungsinitiativen diese Verhandlungen zum Scheitern bringen und die Grundlagen der Sicherheit Europas gefährden würden, und bedauert die immer zahlreicheren Beweise für eine sowjetische Beteiligung an und Finanzhilfe für Friedensbewegungen, die die einseitige Abrüstung im Westen anstreben;

ist der Auffassung, daß die Friedensbewegungen das Recht haben, von den Mitgliedern des Atlantischen Bündnisses und des Warschauer Paktes neue Initiativen zu fordern, damit wesentliche Fortschritte in den Abrüstungsverhandlungen erzielt werden können;

vertritt die Meinung, daß die Unterstützung der Dritten Welt für alle Industrieländer ein moralisches, wirtschaftliches und politisches Gebot ist, ungeachtet aller Überlegungen im Zusammenhang mit den Verteidigungshaushalten dieser Länder;

stellt fest, daß alle westeuropäischen Länder durch ihre Lage gezwungen werden, ihre Verteidigungspolitik und ihre Haltung gegenüber Abrüstungsfragen an den ihnen eigenen Bedingungen auszurichten, und daß diese Lage die Leitlinien der Friedensbewegung erheblich beeinflußt;

ist jedoch der Auffassung, daß jeder ernsthafte Fortschritt in Richtung auf eine europäische politische Union eine enge Koordinierung der nationalen Politiken auf diesen Gebieten erfordert;

ist der Auffassung, daß die WEU ein geeigneter Rahmen für Konsultationen zwischen den europäischen Mitgliedstaaten des Atlantischen Bündnisses über alle Fragen der Verteidigung und der Abrüstung ist;

bedauert, daß die Empfehlung 379 betr. die Aktivierung des Rates der WEU und seiner nachgeordneten Organe ohne tatsächliche Wirkung auf der Ebene des Rates geblieben ist;

empfiehlt dem Rat

1. zu fordern, daß die Teilnehmerstaaten der verschiedenen laufenden Verhandlungen über die Begrenzung oder Reduzierung des Rüstungspotentials und der Streitkräfte in Europa und der übrigen Welt sich um einen erfolgreichen Abschluß dieser Verhandlungen bemühen;
2. unmißverständlich seine Unterstützung jedes Vorschlages über den vollständigen Verzicht der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion auf nukleare Mittelstreckenwaffen oder, falls dies nicht gelingt, über die Herstellung eines tatsächlichen Gleichgewichts auf möglichst niedrigem Niveau zu erklären und der Dislozierung solcher Waffen auf dem Territorium der Mitgliedstaaten nur zuzustimmen, so lange dieses Ziel innerhalb der durch den NATO-Beschluß vom Dezember 1979 festgelegten Frist nicht erreicht wird;
3. zu gewährleisten, daß regelmäßig umfassende, präzise und objektive Informationen über die Truppenstärken und das Rüstungspotential der Mitgliedstaaten des Atlantischen Bündnisses und des Warschauer Paktes veröffentlicht werden;
4. sicherzustellen, daß in jedem Falle die Entwicklungshilfepolitik Westeuropas weitergeführt und verstärkt wird, insbesondere im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften;
5. die Verteidigungspolitik der Mitgliedsländer und deren Haltungen gegenüber Abrüstungsfragen

gen tatsächlich aufeinander abzustimmen, um in dieser Frage zu einem europäischen Lösungsansatz zu gelangen.

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des französischen Verteidigungsministers Charles Hernu

Abg. Dr. Vohrer (FDP) stellt dem Minister folgende Frage:

Dr. Vohrer (FDP): Herr Präsident! Es ist für die Mitglieder der Versammlung sehr wichtig, wenn der französische Verteidigungsminister die Rolle dieser Versammlung hier so deutlich macht und meiner Ansicht nach auch aufwertet. Ich habe seinen Ausführungen mit großer Aufmerksamkeit gelauscht, die für mich klar erkennbar machten, welche große Anstrengung Frankreich für die europäische Sicherheit unternimmt und welche Kooperationsangebote hier unterbreitet wurden. Ich habe eine Frage zu einem Bereich, der vielleicht etwas zu kurz kam, weil so viele andere Fragen angeschnitten wurden, und in dem Frankreich sehr viele Initiativen ergriffen hat, nämlich zu dem Bereich der Abrüstung. Herr Minister, mich würde interessieren, inwieweit Ihre Regierung bei der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa jetzt in Madrid die Initiativen im Hinblick auf die **Europäische Abrüstungskonferenz** wiederaufgreifen möchte und inwieweit Ihre Regierung den schon früher bei den Vereinten Nationen unterbreiteten Vorschlag betreffend ein **weltweites Satellitensystem** weiterhin verfolgen wird.

Verteidigungsminister Hernu antwortet, die französische Regierung habe seit dem Amtsantritt von Präsident Mitterrand mehrere Vorschläge über Abrüstungskonferenzen in Europa vorgelegt. Sie befürworte echte Abrüstung, die zunächst bei den konventionellen Streitkräften beginnen und sich vom Ural bis zum Atlantik erstrecken müsse. Auch halte Frankreich die Idee einer unabhängigen internationalen Agentur im Rahmen der Vereinten Nationen für ein weltweites System der Beobachtung durch Satelliten aufrecht, das im übrigen eine Notwendigkeit zur Abrüstungskontrolle darstelle. Eine echte Abrüstungskonferenz müsse sich mit den wahren Fragen befassen: Anzahl der Waffen, Dislozierung und Kontrolle.

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des italienischen Unterstaatssekretärs im Außenministerium, Mario Fioret

Tagesordnungspunkt:

Die europäische Sicherheit und die Entwicklung der Lage in Südwestasien

(Drucksache 927)

Berichterstatter: Abg. Lord Reay

Reddemann (CDU/CSU): — Herzlichen Dank, Herr Präsident! — Ich möchte Lord Reay für seine abgewogene Haltung im Zusammenhang mit dem Konflikt zwischen dem Irak und dem Iran danken. Danken möchte ich auch, weil er die Minderheiten in jenem Gebiet besonders hervorgehoben hat, die Kurden, die Belutschen, die Araber im Iran und ebenfalls die palästinensischen Araber, die in vielen arabischen Staaten verstreut leben.

Ein Stück dankbarer wäre ich allerdings gewesen, wenn er ebenfalls auf jene zerschlagenen, getretenen jüdischen Gemeinden hingewiesen hätte, die ebenfalls in diesem Raum entweder unter zum Teil erschreckenden Bedingungen noch existieren oder aber von fanatischen Mehrheiten auseinandergetrieben wurden.

Wenn ich dies sage, muß ich zugleich ein gewisses Bedauern darüber aussprechen, daß die Untersuchung im Zusammenhang mit **Israel** und seinen Nachbarn zu einseitig geraten ist und daß eine Fülle von Fakten nur ausgewählt wurde, um einen vorher festgelegten Standpunkt zu beweisen.

Ich will gar nicht lange in die Historie eindringen, aber wenn z. B. im Bericht erwähnt wird, es habe ab 1920 Auseinandersetzungen zwischen den arabischen und den jüdischen Gemeinschaften gegeben, so hätte man zumindest auch darauf hinweisen müssen, daß es vor diesen Auseinandersetzungen Versuche von Arabern und Juden gegeben hat, in ihrem Raum eine Gemeinsamkeit herbeizuführen und daß erst das Bekanntwerden und schließlich das Exekutieren jenes Sykes-Picot-Abkommens dazu führte, Araber und Juden in der Region auseinanderzutreiben und schließlich in heftiger Form zu verfeinden.

Wenn ich — um einen weiteren Punkt herauszustellen — lese, die „schrecklichen jüdischen Terroristen“ hätten das harmlose King-David-Hotel in die Luft gesprengt, so ist daran natürlich ein Stück Wahrheit. Nur wäre es angebracht gewesen, wenn im Bericht auch gestanden hätte, daß es sich dabei eben nicht um ein harmloses Touristenhotel, sondern um das damalige Hauptquartier der britischen Besatzungsarmee gehandelt hat. Ich glaube, dann wäre man in der Beurteilung ein Stückchen nüchterer gewesen.

Es wäre mir auch angenehmer gewesen, verehrter Herr Kollege, wenn ich in dem Bericht hätte lesen können, daß der erste Palästina-Staat, den die UNO ja wollte, einfach deswegen nicht zustande gekommen ist, weil die arabischen Staaten es verhindert haben — und nicht deshalb, weil die Israelis 1948 die Westbank oder den Gaza-Streifen besetzt hätten.

Ich glaube, auch der folgende Hinweis ist zwingend notwendig: Wenn wir bei der Verteilung von Schuldprüchen sind, wundert mich der Passus des Berichts, Jordanien habe sich im September 1970 gewaltsam „einiger Bewegungen entledigen“ müssen. Daß es dabei — wie wir heute aus arabischen Quellen sehr genau wissen — immerhin zum Tode von rund 20 000 Menschen kam, ist eines jener schreck-

lichen Dinge von damals, die im Bericht hätten erwähnt werden müssen. Statt dessen fordert der Bericht lediglich die israelische Regierung mit aller Entschiedenheit auf, nun einen Bericht über die in der Tat ebenfalls schrecklichen Massaker in den Beiruter Flüchtlingslagern zu geben; nicht dazu aufgefordert wird aber die libanesische Regierung, obwohl jedermann weiß, daß es die Libanesen gewesen sind, die diese Massaker — leider, fürchte ich, unter Duldung verschiedener israelischer Offiziere — verübt haben.

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, ich fürchte also, dieser Bericht und die Folgerungen, die auf ihm aufgebaut sind, zielen allzu einseitig in eine bestimmte Richtung und verspielen damit unsere Möglichkeit, einen vernünftigen Dialog zwischen beiden Partnern zu entfachen. Dann, wenn ich mir überlege, daß in der Präambel von 16 Punkten 13 de facto gegen Israel gerichtet sind, daß aber das ganze Thema „Afghanistan“ mit seinen Schrecken nur mit einer leichten Handbewegung in einem einzigen Punkt erwähnt und daß auch der Streit zwischen dem Irak und dem Iran nur mit einer sehr flauen Formulierung behandelt wird, habe ich den Eindruck, dies war nicht ein Bericht und eine Empfehlung zur **Situation in Südwestasien**, sondern ein Bericht und eine Empfehlung mit dem ausdrücklichen Ziel, etwas gegen die israelische Politik zu unternehmen.

Wenn wir — damit darf ich schließen, Herr Präsident — auf die Idee kommen, wir müßten einem befreundeten demokratischen Staat härtere Bedingungen auferlegen als anderen Staaten, die als Diktaturen in jener Region durchaus imperialistische Ziele verfolgen, können wir dies in der Tat tun. Nur möchte ich hier die Frage stellen, ob dies moralisch gerechtfertigt und politisch nützlich ist.

Zum neunten Absatz der Präambel der nachstehenden Empfehlung 389 bringt Abg. Dr. Enders (SPD) einen Änderungsantrag ein, der angenommen wird:

Dr. Enders (SPD): Herr Präsident! Absatz 9 der Erwägungsgründe vermittelt den Eindruck, als ob eine große Identität zwischen der **Schlußakte der arabischen Gipfelkonferenz vom 9. September 1982 in Fes** und der UNO-Entscheidung 242 vorliege. Dies ist aber nicht so. Es gibt inhaltliche Unterschiede, aber auch inhaltlich positive Stellungnahmen. Mein Antrag ist daher darauf gerichtet, die Worte „wichtige Elemente“, die in der Schlußakte von Fes enthalten sind, in den Text aufzunehmen. Der Antrag beinhaltet insofern eine korrigierende Änderung.

Bei der Abstimmung über Absatz zehn der Präambel der nachstehenden Empfehlung 389 interveniert Abg. Reddemann (CDU/CSU):

Reddemann (CDU/CSU): Herr Präsident, ich bitte um Verständnis dafür, daß ich mich nach der genauen Definition des Begriffs „homeland“ erkundige. In dem Sprachgebrauch, den ich kenne, ist es in

Afrika ein nachkoloniales Land, das etwa von der südafrikanischen Republik beherrscht wird. Soll der Begriff „homeland“ für die **Palästinenser** ebenso gebraucht werden, oder was darf ich darunter verstehen? Ich bitte wirklich um eine echte Aufklärung, bevor ich mich zu meinem Abstimmungsverhalten entscheide.

Der Präsident sieht sich nicht in der Lage, eine verbindliche Definition des Wortes zu geben. Es sei Aufgabe der Versammlung, darüber abzustimmen, ob dieser Absatz in der Empfehlung beibehalten werden solle.

Empfehlung 389

betr. die europäische Sicherheit und die Entwicklung der Lage in Südwestasien

Die Versammlung

erinnert an die Empfehlungen 341, 349, 361, 371 und 386; beklagt und verurteilt die Massaker im Libanon vom 16. bis 18. September 1982;

begrüßt andererseits die vom libanesischen Volk gezeigte Entschlossenheit, die nationale Einheit wiederherzustellen;

begrüßt die Präsenz der Streitkräfte der Vereinigten Staaten, Frankreichs und Italiens zum Schutz der Zivilbevölkerung;

ist der Auffassung, daß die Besetzung des Libanon durch israelische und syrische Streitkräfte die Wiederherstellung der nationalen Einheit und die Beendigung der Gewaltakte, die dort begangen werden, unmöglich macht;

ist ferner der Auffassung, daß die Lösung des Palästina-Problems eine unerläßliche Voraussetzung für die Schaffung eines dauerhaften Friedens im Nahen Osten ist;

ist der Meinung, daß diese Lösung die Anwendung der Entschließung 242 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, den Rückzug Israels von der Westbank und aus dem Gazastreifen sowie die Anerkennung des Rechts Israels auf eine Existenz innerhalb sicherer und international anerkannter Grenzen und des Rechts des palästinensischen Volkes auf Unabhängigkeit und Souveränität impliziert;

ist der Meinung, daß die Fortsetzung der israelischen Siedlungspolitik in der Westbank ein Hindernis für die Wiederherstellung des Friedens ist und Zweifel am Friedenswillen der israelischen Regierung weckt;

begrüßt die Tatsache, daß die Schlußakte, die die arabischen Staatshäupter auf ihrer Konferenz in Fes am 9. September 1982 angenommen haben, wichtige Elemente enthält, die erhebliche Fortschritte hinsichtlich der Anwendung der Entschließung 242 erkennen lassen;

stellt fest, daß die jüngsten Ereignisse deutlicher denn je zuvor zeigen, daß das palästinensische Volk ein Heimatland braucht;

ist der Auffassung, daß die PLO derzeit die einzige Organisation ist, die das palästinensische Volk zu vertreten vermag;

ist der Auffassung, daß die Zerstreuung des palästinensischen Volkes in die arabischen Länder das Problem nicht lösen, sondern unannehmbare Bedingungen für die Betroffenen schaffen wird;

begrüßt die Erklärung Präsident Reagans vom 1. September 1982 als einen wesentlichen Beitrag zur Wiederherstellung des Friedens in der Region;

erachtet die Fortführung des Krieges zwischen Iran und Irak als eine ernsthafte Bedrohung für die Sicherheit der gesamten Region;

verurteilt die fortdauernde Besetzung Afghanistans durch sowjetisches Militär als schwerwiegende Verletzung der Charta der Vereinten Nationen, als ernste Bedrohung der Länder in der Region und als Aufhebung der sowjetischen Vorschläge zur Entmilitarisierung des Indischen Ozeans;

verurteilt den Einsatz chemischer Waffen und die fortgesetzten Massaker an der Zivilbevölkerung in Afghanistan;

bekräftigt die engen Verbindungen, die zwischen der Sicherheit Europas und der friedlichen Lösung der Konflikte bestehen, durch die das politische Gleichgewicht im Nahen Osten und in Südwestasien gestört wird;

empfiehlt dem Rat

1. die Unterstützung durch alle seine Mitglieder für jegliche Initiative, die auf die Anwendung der Entschließung 242 abzielt, sowie seinen entschiedenen Widerstand gegen die Errichtung weiterer israelischer Siedlungen in der Westbank zu bekräftigen;
2. auf den sofortigen Abzug aller fremden Truppen aus dem Libanon zu drängen, sofern ihre Präsenz nicht von der libanesischen Regierung verlangt wird;
3. alle den Mitgliedsländern verfügbaren Mittel zu nutzen, um den Wiederaufbau des libanesischen Staates zu unterstützen;
4. dem libanesischen Volk und allen ethnischen Minoritäten im Libanon humanitäre Hilfe zukommen zu lassen, die diese benötigen;
5. die israelische Regierung dringend aufzufordern, unverzüglich darüber Auskunft zu geben, was sie mit den während der Besetzung des Südlibanon verhafteten Personen zu tun gedenkt;
6. die israelische Regierung dringend aufzufordern, dem internationalen Roten Kreuz sofortigen und vollen Zugang zu den während der Besetzung des Südlibanon verhafteten Personen zu gewähren und für ihre Freilassung zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu sorgen, sowie die Untersuchungen über die Massaker in Sabra und Shatila abzuschließen und die

Schlußfolgerungen der Untersuchungen uneingeschränkt zu veröffentlichen, und die libanesische Regierung aufzufordern, ihre Untersuchung über das Massaker von Beirut abzuschließen und einen umfassenden Bericht darüber zu veröffentlichen.

7. seine Überzeugung zum Ausdruck zu bringen, daß die Frage der Palästinaflüchtlinge nicht durch deren Zerstreuung gelöst werden kann, sondern nur durch die baldige Schaffung eines palästinensischen Heimatlandes;
8. den unverzüglichen Rückzug aller sowjetischen Streitkräfte aus Afghanistan zu fordern;
9. die Mitgliedsländer dringend aufzufordern, jede Verbindung zum afghanischen Regime abzulehnen und die afghanische Widerstandsbewegung zu unterstützen, solange die Besetzung Afghanistans durch sowjetisches Militär anhält;
10. die finanzielle und technische Hilfe der Mitgliedsländer für Pakistan und ihre Nahrungsmittelhilfe für die afghanischen Flüchtlinge zu erhöhen.

Mittwoch, 1. Dezember 1982

Tagesordnungspunkt:

Haushaltsentwurf 1983 für die Verwaltungsausgaben der Versammlung

(Drucksache 926)

Berichterstatter: Abg. Adriaensens

Dr. Enders (SPD): Herr Präsident, ich möchte in Verbindung mit dieser Debatte ein Anliegen vortragen, das die verehrten Kolleginnen und Kollegen betrifft. Es geht um die Erfahrungen, die ich langjährig in diesem Hause in zahlreichen Sitzungen sammeln konnte. Wir hatten manchen hochkarätigen Politiker hier, wir haben wichtige Debatten geführt und manche Diskussionen miteinander bestritten. Unsere Sitzflächen, Herr Präsident, sind dagegen die primitivsten, die ich je in einem Raum kennengelernt habe. Sie widersprechen der natürlichen Körperhaltung.

(Beifall)

Herr Präsident, vielleicht ist es Ihnen auch schon aufgefallen, daß sich mancher Parlamentarier mit den Händen in den Seiten, in der Wirbelsäule abstützt, weil ihm die Schmerzen fast unerträglich geworden sind.

Was ist der Grund dafür? Der Grund liegt darin, daß die Sitzflächen völlig falsch konstruiert sind, die Bänke sind zu schmal, und dadurch haben die Oberschenkel keinen Halt. Die Schreibfläche ist zu weit entfernt. Wenn Sie etwas schreiben wollen, müssen

Sie ganz nach vorn rücken, und Ihre Ellenbogen, Ihre Unterarme, hängen in der Luft. Die Rückenlehne gibt keinen Halt, im Gegenteil, die Oberkante drückt auf die Schulterblätter. Es ist also alles zu kritisieren, was hier an Sitzflächen angeboten wird.

Ich möchte auch darauf hinweisen, daß Seitenstützen fehlen, so daß niemand seinen Arm auflegen kann. Daraufhin meine ganz bescheidene Bitte: Sollte nicht untersucht werden, ob Stühle oder andere Sitzmöbel hier aufgestellt werden könnten, die etwas körpergerechter wären und auch unserer Gesundheit dienen würden?

Im Hinblick auf die Gesundheit auch noch diesen Hinweis: Die Treppen hier herauf sind zu schmal und beinhalten Sturzgefahren. Schon mancher Kollege konnte sich nur noch in letzter Sekunde halten.

Ich weiß, Herr Präsident, wir sind Gäste hier in diesem Raum. Wir schätzen es, daß wir hier Gast sein dürfen. Dennoch sollte bei der Beratung des **Haushalts** überlegt werden, ob nicht etwas für unser Hiersein getan werden könnte. Verbesserungen müßten herbeigeführt werden, die uns dienen und es uns vielleicht auch ermöglichen würden, den Debatten länger beiwohnen zu können. Dann blieben mehr Parlamentarier im Saal und es würden nicht zu viele allzusehr schnell aus dem Saal flüchten, weil ihnen die Sitzgelegenheit unerträglich geworden ist. — Schönen Dank.

Tagesordnungspunkt:

Haushaltsprüfung 1981 für die Verwaltungsausgaben der Versammlung

(Drucksache 926)

Berichterstatter: Abg. Adriaensens

Tagesordnungspunkt:

Stellungnahme zum Haushalt 1982 der ministeriellen Organe der WEU

(Drucksache 933)

Berichterstatter: Abg. Stainton

Tagesordnungspunkt:

Der Stand der europäischen Sicherheit

(Drucksache 936)

Berichterstatter: Abg. Blaauw

Rösch (FDP): Herr Präsident! Verehrte Kollegen! Erlauben Sie mir, zunächst dem verehrten Kollegen Dejardin zu widersprechen. Er hat nämlich die Formulierung gebraucht — wenigstens war sie so der Übersetzung zu entnehmen —, er glaube, daß Spanien seine Freiheit bewahren würde und nicht der

NATO beitreten würde. Ich will diese Behauptung mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Sie unterstellt nämlich, daß ein Land, das der NATO angehört, seine Freiheit verloren hat. Dieses ist eine unglaubliche Behauptung. Es tut mir leid, daß Herr Dejardin nicht mehr im Raume ist. Es scheint Mode zu sein, hier Reden zu halten und danach den Saal zu verlassen, ohne sich an der Debatte zu beteiligen.

Herr Präsident, verehrte Kollegen, Spanien wird in dem Bericht unseres Freundes Blaauw erwähnt. Ohne jede Frage ist der **Beitrag Spaniens zur NATO** unter vielen Aspekten wichtig und bedeutend. Im übrigen ist er auch aus einem innerspanischen Grund wichtig. Es wäre der spanischen Demokratie zu wünschen, daß aus der Einbindung der spanischen Generalität und des spanischen Militärs in die NATO und in internationale Organisationen eine Stabilisierung der innenpolitischen Situation und auch eine Entspannung resultieren.

Wir verabschieden hier Beschlüsse, die die NATO betreffen und stellen — das ist in der Tat ein Mangel in dem Bericht — die Frage nach der WEU eigentlich nicht. Was hindert uns eigentlich daran, darüber nachzudenken und sogar zu fordern, daß z. B. Spanien auch ein Mitglied dieser Versammlung hier sei bzw. werden sollte — allerdings nicht, wie es Herr Dejardin gesagt hat, gewissermaßen in Alternative zum NATO-Beitritt? Ich denke vielmehr an einen Beitritt des NATO-Mitgliedes Spanien zur WEU. Das setzt aber voraus, daß passiert, was überreif ist und heute auch schon mehrfach angesprochen wurde, nämlich daß der Brüsseler Vertrag endlich den historischen Tatsachen angepaßt wird.

Man spricht hier davon, welchen Beitrag einzelne Staaten zur Verteidigung der Freiheit leisten. Es wird gesagt, es gebe Staaten, die in dieser Hinsicht noch mehr tun könnten. Verehrte Kollegen, gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang eine deutliche Frage: Wie soll denn jemand, der — wie ich — 1945 auf die Welt gekommen ist, einerseits begründen, daß man in Europa als Deutscher gefordert ist, sich an der Verteidigung und den daraus resultierenden Kosten zu beteiligen, und andererseits akzeptieren, daß z. B. innerhalb der WEU ungleiche Bedingungen herrschen? Lassen Sie mich dies klar beim Namen nennen. Ich zeige damit einen historischen Widerspruch auf, den man beseitigen muß, wenn man die Institution der WEU auf eine andere Ebene und zu einer anderen Entwicklung führen will. Ich glaube also, daß wir auf dem Wege über eine Änderung, eine **Aktualisierung des Brüsseler Vertrages** zu einer Situation gelangen können, die auch die Arbeit der WEU auf einen breiteren Sockel stellt.

Dabei möchte ich zu dem angesprochenen Thema und zu der von Herrn Blaauw dankenswerterweise beigelegten Übersicht über die Pro-Kopf-Beteiligung an der Verteidigung in aller Bescheidenheit anführen, daß solche Vergleiche statistischer Natur und deshalb problematisch sind, weil sie oft einfach nur die **Verteidigungshaushalte** miteinander vergleichen und dabei z. B. übersehen, daß etwa in mei-

nem Land der ganze Bereich der Kriegsofener — der Bereich der Renten und alles andere, was in diesem großen Haushaltssektor steckt — im Haushalt für Soziales untergebracht ist, während ich weiß, daß sich in den meisten europäischen Ländern die entsprechenden Ausgaben — als „Veteranengehälter“ etc. — in den Verteidigungsbudgets wiederfinden. Das gleiche gilt für bestimmte Einrichtungen im Bereich des Verkehrs bei uns und für vieles mehr, was für die Verteidigung eine Rolle spielt. Ich glaube also, bei derartigen Vergleichen kommt es schon darauf an, nicht nur die einzelnen Haushaltsansätze miteinander zu vergleichen, sondern auch das, was innerhalb dieser einzelnen Haushaltsansätze steht.

Zum Schluß erlaube ich mir, dem Kollegen Blaauw vorzuschlagen, darüber nachzudenken, ob er darauf besteht, in seinem Antrag bezüglich der Frage der **Überwachung** unbedingt die Worte „**durch Satelliten**“ beizubehalten, also anzunehmen, wir sollten die Überwachung durch Satelliten vornehmen. Ich erinnere daran, daß wir erst vor kurzem auf der großen internationalen Konferenz UNISPACE eigentlich eine Übereinstimmung aller hier vertretenen Staaten getroffen haben, die besagt hat, wir wollen dieses neue Medium nicht militärisch ge- oder mißbrauchen; wir wollen die Verbreitung und die Nutzung des Mediums „Satellit“ dazu nicht nutzen. Darüber hinaus wollen wir — das ist ja unsere Haltung — eine internationale Überwachung der Satelliten durch die UNO, das spielt dabei eine ganz große Rolle.

Deswegen glaube ich, daß man — wie man bei uns sagt — das Kind mit dem Bade ausschütten würde, wenn man jetzt von dieser Position aus forderte, via Satellit zu überwachen, wo wir doch in einer anderen Position sagen, laßt uns international versuchen, den Bereich des Weltraums von militärischer Nutzung freizuhalten. Ich möchte dem Kollegen Blaauw anheimstellen, das zu bedenken.

Abg. Rösch (FDP) spricht zu seinem Änderungsantrag, das Wort „Satellit“ in Ziffer 1 a der nachstehenden Empfehlung 390 zu streichen:

Rösch (FDP): Herr Präsident, mit Rücksicht auf die Zeit darf ich darauf verweisen, daß ich ja schon vorher in meiner Rede versucht habe, zu begründen, daß es ausgeschlossen ist, hier die Satelliten einzubeziehen. Wir verlangen auf der ganzen Welt Abrüstung, und wir sagen, wir wollen den Bereich des Weltraums von einer militärischen Nutzung ausschließen. Alle Mitgliedstaaten der WEU vertreten dies, auch z. B. in der UNISPACE-Konferenz, und unterschreiben Verträge.

In einem anderen Gremium, nämlich der WEU selbst, sollen wir dann verlangen, daß wir die Satelliten nutzen. Ich halte es für unmöglich, sich so zu entscheiden.

Richtig ist, daß man — wie es in dem Bericht von Herrn Blaauw auch steht — aus der Luft überprüfen muß, und das kann man auch, z. B. mit AWACS.

Aber in dieser Diskussion um die militärische Nutzung des Weltraums von dieser Position aus den Einsatz von **Satelliten** im Weltraum für **militärische Zwecke** zu fordern, halte ich vor dem Hintergrund der Diskussion über die Nutzung der Raumfahrt für einen großen Fehler. Die WEU und diese Versammlung begingen einfach einen Fehler, wenn sie sich entsprechend dem Bericht von Herrn Blaauw entscheiden würden.

(Der Änderungsantrag wird abgelehnt.)

Empfehlung 390

betr. den Stand der europäischen Sicherheit

Die Versammlung

- i) stellt die ständige Erweiterung der Hochseekapazität der sowjetischen Marine fest und ist darüber besorgt, daß dies der Sowjetunion vermehrt Gelegenheit gibt, ihre Macht besonders in instabilen Gebieten der Welt auszuweiten;
- ii) ist daher der Meinung, daß der Seeüberwachung vermehrte Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte;
- iii) erinnert an ihre Empfehlungen 254, 278 und 288 und begrüßt den Beitritt Spaniens zum Nordatlantikvertrag, der von dem demokratisch gewählten Parlament dieses Landes voll gebilligt wurde, und hofft, daß die europäische Sicherheit durch die Integration der spanischen Streitkräfte in die Militärstruktur der NATO zur gegebenen Zeit gestärkt wird;
- iv) erkennt die besondere Bedeutung des Beitrags, den viele kleinere Bündnisländer sowohl aufgrund ihrer geographischen Lage als auch durch ihre Verteidigungsanstrengungen zur Verteidigung des Bündnisses leisten;
- v) stellt jedoch fest, daß bestimmte Mitgliedstaaten, auch solche mit überdurchschnittlichem Pro-Kopf-Einkommen, einen geringen Prozentsatz ihres Sozialprodukts für die Verteidigung ausgeben;
- vi) begrüßt, daß die konventionelle Verteidigung verstärkt an Bedeutung gewinnt, weist jedoch erneut darauf hin, daß ihrer Meinung nach eine ausgewogene Sicherheitspolitik auf die Vermeidung jeder Art von Krieg, nicht nur eines Atomkrieges, abzielen muß;

empfehl dem Rat,

die Regierungen der Mitgliedstaaten dringend aufzufordern, — gegebenenfalls durch Maßnahmen im Nordatlantikrat —

1. die im Rahmen der NATO und auf bilateraler Ebene bestehenden Vereinbarungen über Zusammenarbeit im Hinblick auf die Überwachung sowjetischer Kriegsschiffe — ob es sich um Überwasserschiffe, U-Boote oder andere militärisch wichtige sowjetische Wasserfahrzeuge

handelt — im Raum der NATO und weltweit weiter zu verbessern, insbesondere durch

- a) Betonung der Notwendigkeit, alle Mittel der Überwachung — durch Satelliten, aus der Luft, von Über- und Unterwasserfahrzeugen, von der Küste und vom Meeresboden aus — zu nutzen;
 - b) Behebung des Mangels an modernen Seefernaufklärern und Aufrechterhaltung der Indienstellung einer angemessenen Zahl diesel-elektrogetriebener U-Boote und Freigatten;
 - c) Modernisierung der Zentralen für Überwachungskoordination der NATO und Verbesserung der Verbindungen dieser Zentralen untereinander sowie zwischen ihnen und den nationalen Zentralen;
2. mit den Regierungen der anderen NATO-Mitgliedstaaten voll zusammenzuarbeiten,
 - a) indem sie die Benennung spanischer Verbindungsoffiziere für alle entsprechenden NATO-Befehlsbereiche sicherstellen;
 - b) indem sie Regelungen für Kommandostellen planen und harmonisieren, um den Beitrag der spanischen Streitkräfte zur NATO einzugliedern;
 3. alle Bündnisländer dringend auf die Notwendigkeit aufmerksam zu machen, die Verteidigungsanstrengungen trotz der allgemeinen Rezession aufrechtzuerhalten und zu verbessern und gleichzeitig die Rüstungskontrollverhandlungen in allen Gremien aktiv fortzusetzen.

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des britischen Staatsministers für Auswärtiges und Commonwealth-Angelegenheiten, Lord Belstead

Donnerstag, 2. Dezember 1982

Tagesordnungspunkt:

Die Falkland-Krise

(Drucksache 935)

Berichterstatter: Abg. Cavaliere

Empfehlung 391

betr. die Falklandkrise

Die Versammlung

- i) verurteilt entschieden die bewaffnete Invasion der Falklandinseln durch Argentinien am 2. April 1982, die einen offenkundigen Verstoß gegen das Völkerrecht und gegen die Erklä-

rung des Präsidenten des Sicherheitsrates vom vorhergehenden Tag darstellte;

- ii) nimmt den zügigen und erfolgreichen Verlauf der politischen Konsultationen in Europa zur Kenntnis, die zu einer Verurteilung in einer am 2. April von den Zehn abgegebenen Erklärung sowie zu der Erklärung über Wirtschaftssanktionen vom 10. April geführt haben;
- iii) nimmt die vereinbarte Erklärung des Präsidenten des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 1. April und die EntschlieÙung 502 des Sicherheitsrates vom 3. April 1982 zur Kenntnis, bedauert jedoch, daß der Sicherheitsrat deren Verwirklichung nicht gewährleisten konnte;
- iv) bedauert, daß die Initiativen des Außenministers der Vereinigten Staaten, des Präsidenten von Peru und des Generalsekretärs der Vereinten Nationen nicht zu einem vereinbarten Rückzug der argentinischen Streitkräfte führen konnten;
- v) begrüßt die von den Vereinigten Staaten und der NATO nach dem Scheitern der Verhandlungsbemühungen eingenommene Position;
- vi) bedauert, daß der Rat nicht in Anwendung von Artikel VIII. 3 des geänderten Brüsseler Vertrages einberufen wurde;
- vii) begrüßt das entschlossene und erfolgreiche Vorgehen des Vereinigten Königreichs zur Wiederherstellung der internationalen Ordnung in Anwendung der EntschlieÙung 502 des Sicherheitsrates und gemäß Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen;
- viii) beklagt den Verlust an Menschenleben infolge dieses Konflikts;
- ix) ist besorgt über die Schwächung der alliierten Streitkräfte im Raum des Nordatlantikvertrages, nachdem es notwendig geworden war, für die langfristige Verteidigung der Falklandinseln umfangreichere britische Streitkräfte außerhalb dieses Raumes zu dislozieren, und stellt fest, daß die NATO aus dem Konflikt viele Lehren ziehen kann;
- x) ist besorgt über die Verschlechterung der Beziehungen zwischen den Staaten des Atlantischen Bündnisses und Lateinamerikas,

empfiehlt dem Rat,

die Regierungen der Mitgliedstaaten dringend aufzufordern, sich im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft und der NATO um Einigung über die folgenden Zielsetzungen zu bemühen:

1. Maßnahmen innerhalb des Vertragsraumes, die von den NATO-Staaten zu erwägen sind, um einen Ausgleich für die Dislozierung britischer Streitkräfte außerhalb dieses Raumes zu schaf-

fen, so lange diese Streitkräfte zur Verteidigung der Falklandinseln notwendig sind;

2. die rasche Wiederherstellung guter Beziehungen zwischen den Bündnisländern einerseits und den lateinamerikanischen Ländern andererseits, und insbesondere die Normalisierung der Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und Argentinien;
3. eine Dringlichkeitsstudie seitens der NATO über die Lehren, die aus dem Konflikt zu ziehen sind, insbesondere
 - a) die Notwendigkeit von Konsultationen und Entscheidungen nicht nur über diejenigen Entwicklungen außerhalb des NATO-Raumes, die die lebenswichtigen Interessen des Bündnisses bedrohen können, sondern auch über jene, die die nationalen Interessen im Falle der Selbstverteidigung bedrohen können, selbst wenn die Sowjetunion nicht beteiligt ist;
 - b) die Notwendigkeit der richtigen Einschätzung der umfangreichen und widersprüchlichen Informationen, damit die frühzeitige Erkennung einer Angriffsvorbereitung möglich ist;
 - c) die Leistungsfähigkeit des Verteidigungsgerätes;
 - d) die Notwendigkeit einer gemeinsamen und restriktiven Politik, im Hinblick auf den Export von Verteidigungsgerät in Länder, die dem Bündnis nicht angehören.

Tagesordnungspunkt:

Der Energiebedarf und die Sicherheit Europas — Norwegens Beitrag zur Deckung dieses Bedarfs

(Drucksache 930)

Berichterstatter: Abg. Bassinet

Tagesordnungspunkt:

Informationsbericht über die WEU und ihre Tätigkeit

(Drucksache: 928)

Berichterstatter: Abg. Berchem

Bedingungen für die Verbesserung der Beziehungen zwischen der Versammlung der WEU und der öffentlichen Meinung

(Drucksache 929)

Berichterstatter: Abg. Stoffelen

